

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

27.11.1862 (No. 279)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 27. November.

N. 279.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einzahlungsgebühren: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amtllicher Theil.

Karlsruhe, 26. November.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, mittelst höchster Entschliessung vom 11. d. M. dem Hofmalers Feodor Dies, und mittelst höchster Entschliessung vom 12. d. M. dem Hofkupferstecher Couard Wilman den Dienstcharakter als Professor zu verleihen.

Nicht-Amtllicher Theil.

Telegramme.

Kassel, 25. Nov. (W. R. B.) Der hier eingetroffene Feldjäger-Leutnant wartet 24 Stunden auf etwaige Antwort. Nach einem uns aus Berlin, 26. d., zugehenden Telegramm scheint die „Stern-Ztg.“ diese Nachricht zu widerlegen.

Kassel, 26. Nov. Feldmarschall-Leutnant v. Schmerling ist gestern hier eingetroffen und hat sofort eine Audienz verlangt. Die heutige „Hess. Morg.-Zeitung“ wurde konfisziert.

Paris, 26. Nov. Hr. Paulin Aymarac bemerkt im „Constitutionnel“: Frankreich sei nicht gegen die Wahl des Prinzen Alfred; diese werde aber England große Verlegenheiten bereiten. Es müßte entweder den neuen König in die festigen Grenzen Griechenlands einschließen und ihn damit unpopulär machen, oder den griechischen Ehrgeiz ermuntern und damit die orientalische Frage wecken.

Berlin, 25. Nov. (W. R. B.) In diplomatischen Kreisen wird berichtet, in der heute in Kassel übergebenen Depesche erinnere die preussische Regierung den Kurfürsten an die im vergangenen Monat eingegangenen Verbindlichkeiten und stelle, falls die Budgetvorlage nicht erfolge, weitere Schritte in Aussicht.

Verschiedene Blätter bringen Vorstehendes in folgender bestimmterer Fassung:

Die Note des hiesigen Kabinetts an den Kurfürsten von Hessen beruht auf Grund der im Juni erhaltenen Versprechungen, daß der kurfürstlichen Kammer das Budget vorgelegt werde; für den Fall der Weigerung werden weitere Schritte angekündigt.

Wien, 25. Nov. (W. R. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses hat die Diskussion über das Budget von 1863 stattgefunden. Bei der Diskussion über das Kriegsbudget erklärte Graf Rechberg: „Die Abrüstungen können nicht vereinzelt, sondern müssen einverständlich mit den anderen Mächten gleichzeitig erfolgen.“ Der Abg. Kuranda verlangte jedoch Aufklärung über die äußere Lage, worauf der Minister entgegnete: „Die Beziehungen zu Frankreich, England und den übrigen Großmächten sind freundschaftlich und gestalten sich gut.“

Prag, 24. Nov. (Presse.) Bei den heute stattgefundenen Wahlen ergaben sich für den Gemeinderath war der Wahlkampf ein sehr heftiger. Von den Gewählten gehört ein Drittel der deutschen Partei an. Unter den Gewählten sind Professor Herbst, Ober-Staatsanwalt Ludwig, Dr. Raubnitz.

Turin, 26. Nov. (W. R. B.) In der Fortsetzung der Debatte über Buoncompagni's Interpellationen stellt Hr. Nicotera den Antrag, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, weil es durch die Verhaftung von Depurten die Verfassung verletzt habe. Hr. Cattazzi wird morgen antworten.

London, 25. Nov. Die „Times“ erklärt die Annahme der griechischen Königswürde Seitens des Prinzen Alfred für eine Unmöglichkeit. Die „Morn.-Post“ und der „Globe“ lehnen die Erwählung weniger entschieden ab.

Württembergische Rückübertragung an Preußen in Sachen des Handelsvertrags.

Der „Staatsanzeiger f. Würtemb.“ theilt die Antwortdepeche des Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Hügel, an den I. württembergischen Gesandten zu Berlin, Grafen v. Linden, auf die bekannte Depeche des Hrn. v. Bismarck vom 12. d. M. mit. Dieselbe lautet:

Hochgeborner Graf!
Gehaltene Antwort zufolge hat der königl. preussische Gesandte, Hr. v. d. Schulenburg-Pfennern, eine vom 12. d. M. datirte Depeche zu meiner Kenntnis gebracht, in welcher Hr. v. Bismarck meine Note vom 20. Sept. d. J. bezüglich des französischen Handelsvertrags zum Gegenstand einer Erwiderung macht. Indem ich diese Depeche Ew. Excellenz in Weisheit hier mitzutheilen die Ehre habe, sehe ich mich durch ihren Inhalt zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

Wenn Hr. v. Bismarck, um nicht bereits Gesagtes zu wiederholen, die Diskussion über die in der Sache liegenden Gründe nicht fortsetzen will, so befinde ich mich ganz in derselben Lage; ich habe lediglich an

unsern früheren, durch die Ausführungen der Gegenseite nicht widerlegten Begründungen festzuhalten. Wenn dagegen Hr. v. Bismarck die Bemerkung beifügt, es bleibe ihm nur übrig, um auch seinerseits offen auszusprechen, daß in der erneuerten Verweigerung der Zustimmung Württembergs zu jenem Vertrag die königl. preussische Regierung den Ausdruck unseres Willens erblicke, den Zollverein mit ihr über die gegenwärtig laufende Vertragsperiode nicht fortzusetzen, so vermag ich mein höchstes Ersäunen darüber nicht zu bergen, wie ungeachtet der blühenden und allerbestimmtesten Gegenerklärung in meiner Note vom 20. Sept. d. J. der königl. preussische Hr. Minister auf diese Behauptung zurückzukommen konnte. Die Unterstellung, als ob wir bei Ablehnung des Vertrags von der Absicht geleitet gewesen seien, aus dem Zollverein auszusteigen, ist eine durchaus willkürliche. Wir haben wir einen solchen Wunsch gehegt oder gar befehligt.

Wenn Jemand zu der Betrachtung Anlaß geben konnte, daß der Zollverein in seinem jetzigen Bestand, und zwar wegen Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Auslande, gefährdet werden dürfte, so ist dies das königl. preussische Kabinet selbst gewesen, welches der entscheidendsten Bedenken mehrerer Zollvereins-Regierungen unerschrocken den Vertrag abgeschlossen und nimmer die Angelegenheit so weit geführt hat, daß es von unbedingter Vertragsannahme die Fortsetzung des Zollvereins abhängig erklärt.

Ganz besonders überraschend ferner war mir der Umstand, daß Hr. v. Bismarck uns gegenüber kurzweg die gedachte Behauptung aufstellt, während er in der mir gleichzeitig eröffneten Erwiderung an die königl. bayerische Regierung der Befriedigung darüber Ausdruck verleiht, daß man bayerischer Seite noch eine Annäherung in Aussicht genommen habe. Auch meine Note vom 20. Septemb. d. J. enthält ähnlich wie die bayerische, deren der preussische Hr. Minister Erwähnung thut, die Bemerkung, daß wir ausdrücklich eine Verständigung wünschen. Ich muß daher bezweifeln, daß der Wortlaut dieser Note die beliebte Unternehmung rechtfertigt. Andererseits kann ich auch nicht annehmen, daß dieselbe aus bloßer Willkür, noch weniger, daß sie etwa auf der Absicht beruhe, die beiden süddeutschen Regierungen von einander zu trennen, oder gar die Agitation der Bevölkerung zu wachrufen. So wenig ich aber auch gemeint sein kann, bei den mir wohlbekanntesten Anschauungen der königl. bayerischen Regierung, mit welcher wir in vorliegender Frage auf gleichem Boden zu stehen uns bewußt sind, dem Umstande einer solchen Unternehmung ein weiteres Gewicht beizulegen, so wäre mir doch von Interesse, zu erfahren, aus welchen Gründen der königl. preussische Hr. Minister des Aeußern bei der königl. württembergischen Regierung weniger, als bei der königl. bayerischen eine ernsthafte Absicht, den Zollverein ungeschmälert anrecht zu erhalten, voraussetzen zu dürfen glaubt.

Ew. Excellenz erlaube ich nun, sich in vorstehender Weise dem königl. preussischen Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten gegenüber zu äußern und denselben auf Verlangen eine Abschrift der gegenwärtigen Depeche nehmen zu lassen.

Zugleich bemerke ich schließlich auch den gegenwärtigen Anlaß zur Erneuerung der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. — Stuttgart, 20. Nov. 1862. — Hügel.

Zur russischen Schulreform.

Es lohnt sich wohl der Mühe, inmitten der vielfachen Verwicklungen und gespannten Erwartungen, welche einander auf dem politischen Schauplatz der Völker, welche sich mit Vorzug die Kulturvölker nennen, mit all' ihren Ueberraschungen und Enttäuschungen folgen, einen Blick ostwärts zu richten und zu erkennen, daß seit dem Krimitkrieg wohl kein Staat verhältnismäßig so riesige Fortschritte auf der Bahn staatlicher Entwicklung gemacht hat, wie Rußland. Es ist da nicht eine bloß äußerliche Reorganisation des politischen Verhältnisses im Innern des weiten Reiches; es ist eine Reorganisation, die Fleisch und Blut des Ganzen wie des Einzelnen durchdringen soll; es ist Rußlands zweite Wiegeburt, durch welche Alexander II. seinen Namen in der Geschichte verewigt. „Laßt sie uns nur schlagen, wir lernen!“ Dies Wort seines Ahnen hat der Kaiser erfaßt. Wie Ernst es ist, Rußland auf die gleiche Höhe aller der Mittel zu bringen, welche unsern Kulturstaaten zu Diensten stehen, nicht bloß als tote Maschinerie durch seine massenhafte Schwere in der Waagschale des europäischen Rathes ein Gewicht zu haben, das beweist mehr noch, als alle politischen Reformen, der „Entwurf eines Reglements für die unter dem kaiserl. Ministerium der Volksaufklärung stehenden allgemeinen Bildungsanstalten.“ (Nebst den dazu gehörigen Erläuterungen, übersetzt und herausgegeben auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Kaisers unter der Redaktion von Dr. S. v. Januoff, kaiserl. russ. Wirkl. Staatsrath. Leipzig, 1862.)

So weit es der Raum gestattet, mögen daraus nur einige Punkte entnommen werden, aus welchen hervorgeht, wie sehr das Gelehrtencomitee, das mit der Ausarbeitung beauftragt war, Alles durchschaute, was noth thut, und mit welchem Ernst und Eifer Alles aufgegriffen wird, was zur allgemeinen Volksbildung beiträgt.

Um den niederen und höhern Unterricht möglichst zugänglich zu machen, mehr als es bei den augenblicklichen Mitteln und Lehrkräften des Staats möglich ist, sollen, wie in England und Nordamerika, Privatpersonen und Gesellschaften zur Mitwirkung zugelassen werden. „Es ist — heißt es im Entwurf — allerdings in diesen Ländern das Bewußtsein von dem Nutzen der Aufklärung im Volke in einem solchen Grade entwickelt, daß sich ein solches System dort als leicht

ausführbar erweist. Allein das Gelehrtencomitee ist der Meinung, daß dies Prinzip auch bei uns, trotz der in der Masse des Volks noch herrschenden Gleichgiltigkeit gegen die Aufklärung, mit der Zeit gute Früchte tragen kann.“ „Es wird im Entwurf Privatpersonen und Gesellschaften die Gründung nicht allein von Volksschulen, sondern sogar von Progymnasien und Gymnasien gestattet, und dabei werden zum bessern Erfolg dieser Maßregel diesen Lehranstalten in allen Beziehungen gleiche Rechte mit den Kronanstalten derselben Art verliehen.“ Um Privatpersonen und Gesellschaften, welche dergleichen Anstalten gründen, an ihrem Werke aktiv und unmittelbar Theil nehmen zu lassen, so wird, wie in dem Entwurf für die Volksschulen, die Schaffung des Amtes der Patrone, für die Gymnasien und Progymnasien die Einsetzung eines kuratorischen Kollegiums (Art. 218) vorgeschlagen. Sowohl die Patrone als auch die Mitglieder des kuratorischen Kollegiums werden aus den Ortseingewohnten gewählt, und ohne eine eigentliche administrative Bedeutung zu haben, sind sie zur Kontrolle und zwar vorzüglich des ökonomischen Theils berechtigt. „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die den Repräsentanten der Gesellschaften gewährte direkte Theilnahme an der Leitung der Lehranstalten das allgemeine Interesse an der Verbreitung der Aufklärung erregen, und daß man nach und nach jene Gleichgiltigkeit der Massen gegen die Aufklärung, welche der Mangel jedes moralischen Bandes zwischen Lehranstalten und Gesellschaften hervorrief, verschwinden sehen wird. Diesen Zweck hat der Entwurf im Auge, wenn er die Gründung von kuratorischen Kollegien selbst bei den ausschließlich auf Kosten der Regierung unterhaltenen Gymnasien und Progymnasien vorschlägt.“

Um die bisher an so viele lästige Formalitäten gebundene Eröffnung von Schulen zu erleichtern, ist im Entwurf die durch Privatpersonen und Gesellschaften stattfindende Eröffnung von normalen Lehranstalten, wie Volksschulen, Progymnasien und Gymnasien, den Gründern selbst vollkommen überlassen worden, ohne daß sie nötig hätten, um irgend eine Genehmigung nachzusuchen (Art. 42, 118, 179); die Regierung behält sich nur vor, in diesen Lehranstalten ein den Anforderungen des Entwurfs entsprechendes Personal anzustellen. Dem Anschein nach ist zwischen diesem System und dem früheren kein Unterschied, und die Anstellung des Personals dürfte von Bieleit als gleichbedeutend mit der Genehmigung zur Gründung einer Anstalt ausgelegt werden. Doch erscheint die vom Gelehrtencomitee in Vorschlag gebrachte Maßregel eben so neu als zweckmäßig. Die Gründer behalten hier die volle Ueberzeugung, daß sie selbst die Schule eröffnen, daß sie keinem Verbot begegnen können, wenn die von ihnen erwähnten Personen den nach dem Reglement erforderlichen Bedingungen entsprechen, und daß sie folglich ohne alle Befürchtung zu gelegener Zeit alle dazu nöthigen Vorbereitungen treffen können. Für die Gründer liegt hierin ein Gewinn in moralischer Hinsicht und ein Gewinn an Zeit, ohne davon zu sprechen, daß es der Natur der Sache nach sonderbar erscheint, daß die Erlaubnis zu einer so wohlthätigen Handlung, wie die Eröffnung einer Volksschule oder eines Gymnasiums es ist, noch in Zweifel gestellt sein könne.

Indem wir die vorgeschlagene Organisation im Einzelnen übergehen, heben wir nur noch folgenden Punkt hervor: „Das Gelehrtencomitee hat in seinem Entwurf eine besondere Aufmerksamkeit auf die gehörige Vorbereitung der Erzieher und Lehrer der Gymnasien, Progymnasien und Volksschulen gerichtet. Zu diesem Zwecke verlangt der Entwurf des Reglements von den Direktoren und Inspektoren der Volksschulen, von den Direktoren der Gymnasien, und von den Inspektoren der Progymnasien nicht allein eine gelehrte, sondern auch eine pädagogische Bildung. Ferner stellt der Entwurf den Grundsatze auf, bei der Wahl und Anstellung sowohl der Erzieher, als auch der Lehrer in Gymnasien, Progymnasien und Volksschulen, außer dem Grade der allgemeinen Bildung, welche die Aspiranten besitzen, auch ihre pädagogischen Kenntnisse zu berücksichtigen.“ Für die Lehrer an den Gymnasien sind außer den erforderlichen Universitätsstudien noch besondere Ergänzungskurse über Pädagogik zu hören. Für Heranbildung von Volksschullehrern wird die Errichtung besonderer Lehrinstitute nach dem Muster der Lehrerseminare in Deutschland und in der Schweiz beabsichtigt.

Zur Charakterisirung der Bemühungen um Hebung und Verbreitung der Volksbildung kann noch folgende Stelle hervorgehoben werden:

Nach fest erfolgter Aufhebung der Leibeigenschaft und der daraus hervorgehenden Verleibung der Bürger- und Menschenrechte an alle Personen ohne Ausnahme kann natürlich eine solche Richtung der Erziehung nicht länger bestehen. Es ist jetzt mehr als jemals zur bringenden Nothwendigkeit geworden, Individuen für jeden der menschlichen Thätigkeit offen stehenden Wirkungskreis vorzubereiten. Damit Alle von ihren Rechten einen vernünftigen Gebrauch machen können, müssen die Massen dieser Rechte sich bewußt werden, die Liebe zur vernünftigen Arbeit muß gewekt und einem Jeden Achtung vor sich selbst und vor den Menschen überhaupt eingeplant werden. Nur unter diesen Bedingungen kann die bei uns noch herrschende Hoffnungslosigkeit jedes Standes aufhören und eine vernünftige Vertheilung der Beschäftigungen unter alle Staatsbürger stattfinden.“

mi nura

Die Lehranstalten aller dieser Abtheilungen haben nur eine gemeinsame Aufgabe, nämlich die allgemein-menschliche Erziehung auf dem Wege des Unterrichtes in verschiedenen Kenntnissen, und unterscheiden sich nur durch die größere oder geringere Zahl und zum Theil durch die Beschaffenheit ihrer Bildungsmittel oder durch die rein materiellen Kenntnisse, welche die Zöglinge in den Unterrichtsanstalten der einen oder andern Abtheilung erlangen; kurz, der Unterricht in allen Lehranstalten der verschiedenen Abtheilungen darf nur einen formalen (?) Zweck haben, welcher in der Erziehung des Menschen besteht, obgleich die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes je nach der Bestimmung dieser Anstalten verschieden sein können. Nur durch das ausschließliche Streben nach dem formalen Zwecke werden die Lehranstalten fähig sein, Menschen zu erziehen, indem sie zugleich damit den materiellen Zweck erreichen, d. h. indem sie den Zöglingen Kenntnisse mittheilen, die für das praktische Leben taugen. Wenn man dagegen den materiellen Zweck zur Hauptsache macht, d. h. die Mittheilung einer bestimmten Art von Kenntnissen — in geringerem Umfange in der Volksschule, in größerem in den Progymnasien und Gymnasien —, so verlieren diese Lehranstalten ihren allgemein-bildenden Charakter, und werden aus den Zöglingen nicht Menschen von starker moralischer Ueberzeugung bilden, sondern leblose Vorrathsmagazine, mehr oder minder angefüllt mit Kenntnissen verschiedener Art, die nur scheinbar und äußerlich etwas Verdienstliches haben.

Deutschland.

Karlsruhe, 26. Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 58 enthält (außer Personalnachrichten):
I. Allerhöchst landesherrliche Verordnung, die Refutenquote für 1863 betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums. Die diesjährige zweite juristische Staatsprüfung betreffend. (Schon mitgetheilt.) 2) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Konstriktion für das Jahr 1863 betreffend. 3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums. a) Die Organisation der Post- und Eisenbahn-Betriebsverwaltung betreffend. b) Die Patenterteilung an die Fabrikanten Schäffer und Budenberg in Bückau-Magdeburg betreffend. (Für einen von ihnen erfundenen Mehapparat für Flüssigkeiten.) c) Die Patenterteilung an die Fabrikanten Schäffer und Budenberg in Bückau-Magdeburg betreffend. (Für einen von ihnen erfundenen Erbauer Schornstein nebst Funkenfänger.) d) Die Patenterteilung an den Fabrikanten L. Protte in Wendebvre (Nube) betreffend. (Für die von ihm erfundene Vereinigung einer Drechsmaschine mit einem rotirenden Rechen, einem Fortleiter, einem Ventilator, einem Elevator und einem rotirenden Siebe in der durch die vorgelegte Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Art.) e) Die Patenterteilung an J. Georg Brenner in Heidelberg betreffend. (Für einen von ihm erfundenen Zimmerheizer für Feinöfen oder Koaks.) f) Die Patenterteilung an Heinrich Rickler von Zinnenstadt, Bezirksamts Ueberlingen, zur Zeit in Offenburg, betreffend. (Für einen von ihm erfundenen Apparat, um die Entstehung von Röhren auf dem Wein zu verhindern.) g) Die Patenterteilung an den Fabrikanten Otto Kühnemann in Stettin betreffend. (Für ein von ihm erfundenes Sprengpulver von neuer Zusammensetzung.)

III. Todesfall. Gestorben ist: Am 19. Sept. d. J. der Regierungsrevor Tobias Schmitt dahier.

Frankfurt, 26. Nov. Am vergangenen Montag hat die Patentgesetzgebungs-Kommission im Bundespalais ihre erste Sitzung abgehalten. Dieselbe war jedoch noch nicht vollzählig. — Hr. v. Wedem ist telegraphisch nach Berlin berufen worden und gestern Abend dahin abgereist. Man vermutet, daß die Reise mit den bevorstehenden Verhandlungen des Bundestags über die Delegiertenversammlung im Zusammenhang stehe. Doch dürften ihr auch die Zustände in Kassel nicht ganz fremd sein.

Stuttgart, 24. Nov. (A. Z.) Nach den neuesten, hier aus Nizza eingelaufenen Nachrichten befindet sich Sr. Maj. der König in ganz erwünschtem Wohlsein.

Darmstadt, 24. Nov. (Fr. Z.) Die Adressdeputation wird äußern Bernahmen nach vom Großherzog nicht empfangen, vielmehr an den Ministerpräsidenten verwiesen. Sie soll sich entschieden haben, die Adresse dem Hrn. v. Dalwig schriftlich zu übersenden, nicht persönlich zu überbringen. Eine Auflösung der Kammer ist also vorerst nicht zu erwarten.

Darmstadt, 25. Nov. (Fr. Z.) Die Wahl des Advokaten Dr. Dumont in Mainz wurde nach mehrstündiger eingehender Debatte in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer aus formellen Gründen, weil derselbe in den letzten zwei Jahren nicht das gesetzlich zur Wählbarkeit erforderliche Normalsteuerkapital versteuert hatte, mit überwiegender Majorität für ungültig erklärt. — Die Kammer hielt eine geheime Sitzung, in der sie sich dem Bernahmen nach auf unbestimmte Zeit vertagte.

Darmstadt, 25. Nov. (Fr. Z.) Die Regierung legte in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer eine Proposition wegen Erhöhung des Staatszuschusses zu den Bedürfnissen des Landes-Gewerbevereins vor; außerdem kamen mehrere Anträge von minder allgemeinem Interesse aus der Mitte der Kammer selbst zu Tage. Die Kammer vertagte sich dann auf längere Zeit, um den Ausschüssen Zeit zur Entwerfung ihrer Berichte zu gewähren.

Gotha, 21. Nov. (Weim. Ztg.) Bei den vor kurzem hier stattgehabten Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung haben die sämtlichen von dem hiesigen Nationalverein vorgeschlagenen Kandidaten die Majorität erhalten.

Leipzig, 24. Nov. Die Erklärungen aus Sachsen für den deutsch-französischen Handelsvertrag mehren sich noch immer. So veröffentlichen neuerdings 71 Firmen in Plauen im „Boigtländischen Anzeiger“ eine Erklärung des

Inhalts: Daß sie den von der Staatsregierung und den Landständen einstimmig angenommenen Handelsvertrag mit Frankreich als der sächsischen wie der deutschen Industrie förderlich erkennen und die unveränderte Festhaltung desselben unter gleichzeitiger ernstem Streben nach Aufrechthaltung des Zollvereins, sowie eines freieren Verkehrs mit Oesterreich als die dringendste Aufgabe der sächsischen Staatsregierung und Volksvertretung ansehen müssen.

Berlin, 24. Nov. Die „Kreuzzeitung“ gibt den Wortlaut der Rede, mit welcher der König die Ergebnissadressen beantwortet hat, die ihm am 10. d. M. von vierzehn Deputationen (Teltow, Templin, Sternberg, Beeskow-Storkow, Frankfurt, Ruppin, Breslau, Rügen u.) überreicht wurden. Der Inhalt derselben ist übereinstimmend mit dem der früheren bei ähnlicher Veranlassung gehaltenen Reden des Königs, im Ganzen jedoch weniger scharf, als manche andere.

Die „Kreuzzeitung“ hält es für wahrscheinlich, daß das preussische Kabinet bereits eine ähnliche Note an das englische in der deutsch-dänischen Angelegenheit gerichtet habe, wie die bekannte Note des Grafen Rechberg. — Die „Magdeb. Ztg.“ meldet: Der Geh. Justizrat Schmalzing zu Naumburg, der als Mitglied des Appellationsgerichts in verschiedenen Deputationen den Vorsitz geführt hat, ist kürzlich durch Ministerialreskript dieses Vorzuges entbunden, ihm auch die damit verbundene Remuneration entzogen worden.

Berlin, 25. Nov. Sr. Maj. der König empfing heute Mittag eine Deputation der vor mehreren Wochen hier gestifteten „Patriotischen Vereinigung“ und nahm die von derselben überreichte Ergebnissadresse entgegen. An der Spitze der Deputation stand der Generaldirektor der königl. Museen, Geh. Rath v. Dlfers. Die „Patriotische Vereinigung“ zählt bereits mehr als 1500 Mitglieder. — In den höchsten Regierungskreisen hat neuerdings die jegige Wendung der kurhessischen Frage wiederholt den Gegenstand angelegentlich Erörterungen gebildet. Vor einigen Tagen ist von hier aus nach Kassel eine Rundgebung abgegangen, welche ein Kurier an die dortige Regierung überbracht hat. Wie es heißt, enthält dieselbe eine Abmahnung von der Herbeiführung neuer Verwicklungen. — An maßgebender Stelle und jetzt Beratungen über die Wiederbelebung der ererbigten hohen militärischen und diplomatischen Posten im Gange. In Betreff der ersteren handelt es sich besonders um die Ernennung eines kommandirenden Generals für das 6. Armeekorps in Breslau, sowie eines Kommandeurs für die 12. Division in Neisse. Auch das Generalkommando des 4. Armeekorps dürfte alsbald in Erledigung kommen, da es an Wahrscheinlichkeit gewinnt, daß der General der Infanterie v. Schack schon in naher Zukunft als dienstthuender Generaladjutant in die nächste Umgebung des Königs übergehen werde. Hr. v. Schack, welcher in der vergangenen Woche mehrere Tage in Berlin verweilt, ist vorgestern wieder auf seinen Posten nach Magdeburg zurückgekehrt. Mit wachsender Bestimmtheit wird hier versichert, daß der Graf v. d. Goltz die preussische Gesandtenstelle am französischen Hofe erhalten werde. In Bezug auf die Errichtung eines diesseitigen Botschafterpostens in Paris schweben noch Verhandlungen. Meist wohlorientirte Personen wollen behaupten, daß hier zu einer solchen Ranganhebung der Pariser Gesandtenstelle bis jetzt keine sonderliche Neigung vorhanden sei.

Bekanntlich ist in der letzten Landtags-Session Seitens der Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Bewilligung umfangreicher außerordentlicher Geldmittel für Schiffsbauten und andere Marinezwecke von der vorgängigen Feststellung eines förmlichen Grundplanes von der Entwicklung des preussischen Flottenwesens abhängig gemacht worden. Im Marineministerium finden nunmehr Beratungen über einen solchen Grundungsplan statt. Zur Theilnahme an denselben ist der Kommandant der Korvette „Arcona“, Kapitän zur See Sundewall, von Danzig nach Berlin berufen worden. — Heute Morgen traf der bisherige russische Gesandte am hiesigen Hof, Baron v. Bubberg, aus St. Petersburg hier wieder ein. Derselbe stattete alsbald nach seiner Ankunft dem Ministerpräsidenten v. Bismarck einen Besuch ab. Wie verlautet, wird Hr. v. Bubberg dieser Tage Sr. Maj. dem König sein Abberufungsschreiben überreichen und sich dann unverweilt auf seinen Botschafterposten nach Paris begeben. — Gestern haben hier die Ergänzungswahlen für das zu Neujahr ausscheidende Drittel der Stadtverordneten-Versammlung ihren Anfang genommen. So weit bis jetzt Ergebnisse bekannt sind, hat namentlich in der dritten Wählerklasse die liberale Partei den Sieg davongetragen. In der zweiten Klasse haben die Feudalen mehrere ihrer Kandidaten durchgebracht. Morgen wird die erste Klasse ihre Wahlen vornehmen. — Bei der Kriminalabtheilung des hiesigen Stadtgerichts sind in letzter Zeit die Geschäfte dermaßen angewachsen, daß vom Präsidium des Gerichts eine 5. Deputation von drei Richtern hat eingesetzt werden müssen. Die neue Deputation ist gestern in Thätigkeit getreten. Sie hält ihre Sitzungen Nachmittags, weil Vormittags keine Sitzungsräume im Gerichtsgebäude mehr verfügbar sind.

Königsberg, 22. Nov. (Köln. Ztg.) Auf unserm Provinziallandtage ist es zu keiner Antragstellung einer Adresse gekommen; dieselbe wäre auch vergeblich gewesen, da sich sofort bei der Vornahme der Wahlen eine liberale Majorität von 70 gegen 20 Stimmen herausstellte. — Zur Volksklasse sind in unserer Stadt bereits nahe an 8000 Thlr. gezeichnet. — Seit einigen Tagen ist hier die Schifffahrt durch plötzlich eingetretene, anhaltenden Frost geschlossen worden, so daß eine größere Anzahl von Schiffen, unter ihnen mehrere auswärtige Dampfer, unfreiwillige Winterlage halten müssen.

Wien, 23. Nov. (Presse.) Die Landtagsmarschälle haben an die Landtagsmitglieder bereits die Einladungsschreiben zu der Eröffnung der Landtage am 10. Decemb. erlassen, und „speziell“ vom niederösterreichischen Landtag wissen

wir, daß dessen niedergelegte Spezialkommissionen so eben, der Aufforderung des Marschalls folgend, die Vorlagen für den Landtag fertig machen. Man kann daraus entnehmen, daß das Ministerium mit Sicherheit darauf rechnet, die Reichsraths-Session in der noch bis etwa 4. Decemb. präliminirten Zeit zu schließen. In dieser Frist soll der Reichsrath noch das Budget für 1863 und die Bankvorlage erledigen, und man will zu diesem Zweck von ministerieller Seite vorzuschlagen, daß das Abgeordnetenhaus für den Rest der Session täglich zwei Plenarsitzungen halte.

Wien, 24. Nov. Die Bedeutung, welche die in Wien vorbereitete Erhöhung der österreichischen Couponssteuer von fünf auf sieben Proz. für die auswärtigen Gläubiger des österreichischen Staates hat, soll, der „Epen. Ztg.“ zufolge, bereits zu diplomatischen Einsprachen geführt haben. Wie man dem genannten Blatte aus Wien schreibt, hat der niederländische Gesandte intervenirt, weil in Holland gegen 400 Millionen in österreichischen Papieren angelegt sein sollen, und dem Grafen Rechberg begreiflich gemacht, wie sehr der österreichische Staatscredit durch eine derartige Finanzoperation leiden würde. Auch von preussischer und anderer Seite sei gegen jenes Verfahren eine gleiche Erklärung erfolgt.

Die für Ungarn ertheilte Amnestie umfaßt etwa 200 Fälle von Beurtheilungen; sodann werden noch etwa 150 Personen, die sich im Strafverbot oder in Untersuchungshaft befinden, davon betroffen.

Italien.

Turin, 24. Nov. Abgeordneten-Kammer. Alfieri greift die Verwaltung Ricajoli's mit großer Lebhaftigkeit an und hebt die durch Mattazzi erlangten guten Resultate hervor: Verschmelzung der Subarmee mit der regulären Armee; Wiederherstellung der Ordnung; Unterdrückung des Aufstandsversuchs von Sarnico, und die Auflösung der politischen Vereine, welche unter der Bevölkerung eine gefährliche Gährung unterhalten hatten. In Betreff der Ereignisse auf Sizilien bemerkt der Redner, daß der Kampf zwischen der Aktions- und der gemäßigten Partei durch die falsche Auslegung, welche Ricajoli dem Programm Cavour's gegeben habe, nothwendig geworden sei. Was Rom betreffe, so habe man nur zwischen zwei Politiken zu wählen: des sofortigen Handelns oder der Verzögerung. Alfieri ist der Ansicht, daß Italien nichts thun dürfe, was die französische Allianz gefährden könne, die allein im Stande sei, die Schwierigkeiten der Lage besiegen zu helfen. Italien müsse auf die fortschreitende Entwicklung seiner Freiheiten und auf die Verbesserung seiner internen Verhältnisse bedacht sein, ohne sich von politischen Leidenschaften fortreißen zu lassen. — Die Diskussion wird morgen fortgesetzt. Nicotera wird zuerst das Wort ergreifen.

Rom. Wie die Pariser klerikalen Blätter sich berichten lassen, hätte der Kronprinz von Preußen dem König Franz II. einen offiziellen Besuch gemacht. Wenigstens sei er in Uniform mit dem Großband des St.-Jerdinand-Ordens gewesen; auch war der beim päpstl. Hofe beglaubigte preussische Gesandte mit ihm. Wie die „Gaz. de France“ meldet, war auch der König in Uniform, umgeben von den Großwürdenträgern seines Hofes, und hatte seinen Minister des Auswärtigen zur Seite. Der Besuch dauerte lange genug, um den hohen Persönlichkeiten Zeit zu geben, eine Unterhaltung von gewissem Interesse anzuknüpfen. Am nämlichen Tage stattete der König dem Kronprinzen einen Gegenbesuch ab und war dabei u. A. von seinem Minister des Auswärtigen und dem Prinzen v. Altamonte, seinem Gesandten am päpstl. Hofe, begleitet.

Frankreich.

Paris, 24. Nov. Aus Turin ist man ohne entscheidendere Nachrichten. Man glaubt, daß Mattazzi im Parlament etwa 180 Stimmen gegen und ungefähr 120 für sich haben werde; doch wird er, wie es scheint, diesem Votum nicht sofort weichen, sondern eine Beschwichtigung der Opposition dadurch versuchen, daß er unter Verzichtleistung auf die Präsidentschaft im Kabinet zu bleiben vorschlagen würde. Jedenfalls könnte dies sein ministerielles Dasein nur freisten, nicht retten. Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht von Abreise des Marschalls Kandou in außerordentlicher Mission nach Rom. Der Marschall hat Paris nicht verlassen und wird sich am 28. nach Compiègne begeben. — Der Hof wird, wie man sagt, wegen der Bauten in den Tuilerien den ganzen Dezember in Compiègne bleiben. — Gerichtsweise spricht man neuerdings von Einberufung der Kammer noch vor Ende dieses Jahres (?). — Der Broschüre des Hrn. Hubaine gegen die weltliche Gewalt des Papstes soll demnächst eine zweite, vom Prinzen Napoleon selbst unterzeichnet, folgen. Es bleibt abzuwarten, ob sie mehr Erfolg haben wird, als die des Hrn. Sekretärs. — Die seit einiger Zeit schon angekündigte Broschüre des Hrn. Froudhon ist noch nicht einmal unter Druck, da der Verfasser schon wiederholt Abänderungen und Kürzungen vornahm. — Dem Buchhändler Dentu ist verboten worden, von dem neuesten Buche des Hrn. Michélet „la Sorcière“ (welches zahlreiche unmoralische Stellen über Klöster, Nonnen u. dgl. enthält) eine zweite Auflage zu veranstalten. Einen Augenblick war von Verfolgung des Verfassers die Rede. — Ein Bankier von Ham, Namens Martotte, welcher nicht weniger als 107 falsche Wechsel im Betrag von 1,146,000 Fr. (meistens durch das Bankhaus Lecuyer u. Komp.) in Umlauf setzte, wurde zu 10 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Ein eigenthümlicher Prozeß ist in diesem Augenblicke vor dem sup. court in London anhängig: eine Forderung des ehemaligen Eigentümers des „Morn. Chronicle“ von 14,000 Pf. St. an die H. P. Perry und Billant wegen zugeschickter, eingerückter und unbezahlt gebliebener Artikel.

Paris, 25. Nov. Die „France“ spricht von dem Gerüchte, daß die Engländer auf der Insel Lemnos eine Kohlenstation errichten wollten. Es wäre dies ein sehr wich-

figen, reichlich; diese Insel liegt in der Nähe der Dardanellenstraße, und man müßte die Errichtung einer Kohlenniederlage als eine verdeckte Besitzergreifung ansehen. Man wisse ja, wie die Engländer es mit der Insel Perim im Rothen Meere gemacht. — Nach den letzten Nachrichten aus Athen hat das anglo-hellenische Komitee eine Lebensbeschreibung des Prinzen Alfred in griechischer Sprache drucken lassen. Es ist derselben das photographische Bildnis des Prinzen beigegeben. Ein höherer Offizier der englischen Marine hat so eben der Admiralität eine Denkschrift eingereicht, worin er nachweist, daß Griechenland eines Tages der englischen Flotte ausgezeichnete Seelente liefern könne.

Dr. Drouin de Lhuys hatte vor einiger Zeit an den französischen Gesandten in Athen, Hrn. Bourée, geschrieben, daß die provisorische Regierung um so schneller von den Schutzmächten anerkannt werden solle, je kräftiger sie für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge trage. Nach der „Patrie“ ist die Antwort des Hrn. Bourée hier eingetroffen. Sie ist vom 15. d. M. datirt und spricht sich in dankbarer und zufriedenstellender Weise Frankreich gegenüber aus. — General Spiro-Willo, ehemaliger Kriegsmünster in Athen, hat gestern Paris verlassen, um sich nach München zu König Otto zu begeben.

Gestern und heute wurde die Zivillage der Mutter des im Duell getödteten Sport-Redakteurs Dillon gegen dessen Gegner, den Herzog von Grammont-Caderousse, verhandelt. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß Dillon durch den Kauf manchmal 30,000 Fr., nie aber unter 18- bis 20,000 Fr. jährlich verdiente. Die Mutter verlangt 4000 Fr. Jahresrente von dem gerichtlich interdiktierten Herzog. Das Urtheil des Gerichtshofs war diesen Abend noch nicht bekannt. — Außer dem „Fleurus“ und dem „Castiglione“, welche in den letzten Tagen nach dem Piräus abgegangen sind, sollen noch mehrere französische Kriegsschiffe dahin gesandt werden. Einsteilen werden in Toulon der „Turenne“ und die „Magicienne“ segelfertig gemacht. — Prinz v. Latour d'Auvergne wird nächsten Montag, den 1. Dez. nach Rom abreisen. — In dem Zustand von Hrn. Liury hat sich nichts gebessert. Sie hat gestern und vorgestern eine sehr schlechte Nacht gehabt. — Graf Dröner, Divisionsgeneral und Senator, ist gestorben. — Spoz. 70.25. Dst 532.50. Ital. Anl. 71.15.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Nov. (H. N.) Hauptgegenstand des Gesprächs bildet in politischer Beziehung jetzt der zum Sitze der Lokalregierung zu wählende Ort in Holstein. Die Städte Kiel, Neudorf, Plön, Glückstadt, Zehoe und neuerdings auch Segeberg treten als Bewerber auf und sollen meist sehr weitgehende Anerbietungen gemacht haben. Nach dem, was wir erfahren, haben Zehoe und Neumünster die meiste Aussicht, und zwar der letzte Ort die allermeiste. Auch der König soll sich für Neumünster interessieren. Ueber die Besoldung der neuen Beamten erfahren wir, daß der Präsident 3000 Rthlr. Besoldung und 2000 Rthlr. Repräsentationsgelder erhält, die Regierungsräthe 3000 Rthlr. Der Wirkungskreis der neuen Regierung wird bedeutend weiter als der der ehemaligen Regierung auf Gottorf sein. Namentlich wird er viele Sachen der ehemaligen schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei und der ehemaligen Reichskammer umfassen. Dem Ministerium in Kopenhagen bleiben alle dem König vorzuliegenden Sachen, worunter namentlich Ernennungen zc. und die mit dem schleswigischen Ministerium kollegiallich zu behandelnden Sachen.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 21. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Im benachbarten Königreich Polen sieht es gegenwärtig fast schlimmer aus, als je zuvor, da das geheime Revolutionärskomitee ein Schreckensregiment über das ganze Land ausübt, dem Jedermann sich aus Furcht unterwirft, und das die Polizei aller Anstrengungen ungeachtet nicht zu befeitigen vermag. Vier gedruckte geheime Flugschriften erscheinen abwechselnd in zahlreichen Exemplaren und verüben diktatorisch die Befehle des geheimen Komitee's. Anfangs beachtete man diese Ordonanzen wenig, lächelte wohl gar darüber; aber jetzt, wo das Komitee Geld gebraucht, zeigt sich der fürchterliche Ernst desselben. Die Blätter verüben laut, daß das Vermögen eines jeden Polen und dessen Einkommen abgeschätzt sei, und jetzt fünf Prozent von letzterem zu patriotischen Zwecken gezahlt werden müßten; wer nicht bereitwillig zahle, müsse die Folgen tragen. Viele weigerten sich, und Brand und Mißhandlungen waren ihr Lohn. Aus zahlreichen kleinen Städten und ländlichen Ortschaften gehen jetzt täglich Berichte über größere oder kleinere Brandschäden ein, und immer hat, wie die Untersuchung ergeben, vorher eine Zahlungsweigerung stattgefunden. So haben in Czestochau fünf Grundbesitzer die Kontribution abgelehnt und fünfmal hat es gebrannt und die betreffenden Grundstücke in Asche gelegt. Unbekannte Emissäre ziehen umher, legitimiren sich als Abgesandte des Komitee's, und ziehen die Gelber ein; Niemand wagt mehr, die Zahlung zu verweigern oder den Emissär der Behörde zu überliefern. Ein jüdischer Kaufmann, der die geforderten 60 Rubel nicht zahlen wollte, erhielt die Antwort: das Weitere werde er morgen erfahren, und am folgenden Tag stand er auf der Brandstätte seines Grundstücks. Ein Edelmann, der den Emissär zu verhaften drohte, wurde wenige Tage darauf so gemißhandelt, daß er ein Krüppel geworden. Die Einwohner sind demnach in einem argen Dilemma: verlassen sie dem geheimen Komitee den Gehorsam, so riskiren sie Word, Mißhandlung oder Brand; gehorchen sie, so haben sie schlimme Folgen von der Behörde zu befürchten. Wie weit das geheime Komitee in seinen Anordnungen geht und wie dreist es auftritt, beweist der neuliche Befehl an alle Polen, den Großfürsten und den Markgrafen Wielopolski bei ihrem öffentlichen Erscheinen nicht mehr durch Kopfenblöschung zu grüßen. Jedermann sucht daher denselben aus dem Weg zu gehen und nur Russen-Deutsche und Juden nehmen beim Begegnen die

Kopfbedeckung ab. Die Polizei hat bisher über dieses Komitee Nichts ermittelt, wenn sie auch unlängst 60 unbedeutende Handwerker eingezogen hat, über die nächstens öffentlich Gericht gehalten werden soll.

Warschau, 22. Nov. (Dr. J.) In den letzten Tagen ist in der Suburbialstadt Plokt (Plokt) wieder ein Mord verübt worden. Es wurde nämlich daselbst in seiner eigenen Wohnung von zwei jungen Leuten ein gewisser Furczylowski ermordet, der früher aus dem Staatsdienste entlassen, später Bauern gegen ihre eigenen Herren gehetzt haben soll, und wegen falscher Denunziationen sogar mit Gefängniß bestraft worden war, in der letzten Zeit aber dazu benützt worden sein soll, geheimen Gesellschaften nachzuspüren. Die Thäter sind spurlos verschwunden, und soll der Ermordete in Plokt so verachtet gewesen sein, daß man in der Stadt keinen Sarg für ihn aufreiben konnte, und daß selbst die Geistlichkeit und die Todtengräber sich an seiner Beerdigung nicht betheiligen wollten.

Baden.

Karlsruhe, 26. Nov. Heute hat die alljährliche Generalversammlung der Aktionäre der „Karlsruher Maschinenfabrik“ stattgefunden. Wenigstens auch diesmal wieder (nunmehr zum dritten Mal) keine Dividenden zur Verteilung kommen können, so ist doch das Resultat der diesjährigen Rechnungsablage insofern ein günstigeres, als das vorjährige Defizit von ca. 180,000 fl. sich bis auf ca. 70,000 fl. vermindert hat, so daß bei den bereits vorhandenen Bestellungen nicht nur die gänzliche Deckung des Defizits für das nächste Jahr in Aussicht gestellt werden konnte, sondern auch noch eine Dividende von einigen Prozenten, vorausgesetzt eine gleich vorsichtige Leitung — und einen wolkenlosen politischen Himmel.

Aus der Pfalz, 24. Nov. (Sch. M.) Das Hopfengeschäft macht auch dieses Jahr wieder ganz rapide Sprünge. Während noch vor 3 Wochen 90—100 fl. und darüber per Zentner für Pfälzer Hopfen aus erster Hand bezahlt wurden, bleibt jetzt dieselbe Waare zu 50—60 fl. angeboten, ohne Käufer zu finden. Der Rückschlag ist diesmal um so empfindlicher, je unerwarteter und rascher er eintrat, folglich je weniger noch zur rechten Zeit durch theilweisen Wiederverkauf der angekauften Vorräthe wenn nicht eine Ausgleichung, doch eine Minderung der Verluste erzielt werden konnte. Bayerische und einige Pfälzer Häuser hatten bei ihren eiligen Aufkäufen im Spätjahr auf Frankreich und England spekulirt. Aber die Erwartung traf nicht ein, der französische und, was mehr sagen will, der englische Markt blieb flau, wie überhaupt die Nachfrage des auswärtigen Marktes dieses Jahr gering ist. Die Spekulantten hatten auf Sand gebaut, und unsere klugen Pfälzer Landwirthe hatten auch diesmal gewonnen, indem sie mit wenigen Ausnahmen gleich nach der Ernte zu den damaligen hohen Preisen ihre Waaren loszuschlugen. Inzwischen ist bei diesem Geschäft der Umschlag zum Besten oft eben so schnell. Fast die gleichen Erfahrungen eines rapiden Fallens und Steigens wurden im vorigen Jahre gemacht; die Preise gingen im Winter um mehr als ein Drittel zurück, hoben sich aber im Frühjahr wieder 10—20 Proz. über den höchsten Stand im Herbst.

Mannheim, 26. Nov. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Hofgerichts wurden die Namen folgender Haupt- und Ersatzgeschwornen aus der Urne gezogen:

Hauptgeschworne: 1) M. Schoder, Bürgermeister von Dallau. 2) G. Maybach, Landwirth von Neckarau. 3) Dr. L. Giulini, Fabrikant von Mannheim. 4) P. Z. Landfried, Kaufmann von Heidelberg. 5) M. Käser, Posthallmeister in Wertheim. 6) L. Keim, Gemeinderath von Neudorf. 7) P. Burkard, Bäcker von Wiesenthal. 8) W. Breiner, Gemeinderath von Philippsburg. 9) G. Kaufmann, Kaufmann von Heidelberg. 10) J. Herrmann, Wirth von Wiesloch. 11) N. Schmitt, Gemeinderath von Großschafen. 12) J. Stahl, Gemeinderath von Oberwiltshausen. 13) G. Kaufmann, Maurer von Walldorf. 14) J. Guttenberger, Kaufmann von Heidelberg. 15) G. A. Keller, Landwirth von Neckarau. 16) J. L. Marx, Kaufmann von Walldorf. 17) J. G. Frisch, Kunsthändler von Mannheim. 18) J. Thoma, Gemeinderath von Großrinderfeld. 19) J. M. Grebert, Kaufmann von Mannheim. 20) L. A. Bassermann, Kaufmann von Mannheim. 21) P. J. Ziegler, Bierbrauer von Walldorf. 22) J. Reichardt, Kaufmann von Mannheim. 23) M. Wunisch, Gemeinderath von Ziegelhausen. 24) M. Graf von Helmstatt, Grundherr zu Neckarbischofsheim. 25) J. Hüfner, Wertheim, Bezirksförster von Geroltsheim. 26) G. L. Söllner, Gemeinderath von Seddenheim. 27) J. W. Balzar, Kaufmann von Mannheim. 28) J. Hofeins, Sattlermeister von Heidelberg. 29) J. Schmitt, Schiffer von Neckargeroltsheim. 30) J. Spengel, Detonon von Tröschlingen. 31) M. Körner, Gemeinderath von Wieslingen. 32) K. Kraus, Gemeinderath von Weinheim. 33) K. Ludwig, Gastwirth von Dallau. 34) J. M. Steinam, Kaufmann von Laubersbühl. 35) Dr. A. Pagenstecher, Privatmann von Heidelberg. 36) P. Junter, Gemeinderath von Neckarbischofsheim.

Ersatzgeschworne: 1) L. Lion, Handelsmann. 2) J. Becker, Schreinermeister. 3) Dr. M. Dirchbrunn, Apotheker. 4) J. Dietrich, Maurermeister. 5) W. Bohmann, Kaufmann. 6) J. W. Weger, Spengler. 7) J. A. Pfister, Metzgermeister. 8) A. Ganzen, Kaufmann. Sämmtlich von Mannheim.

Donauersingen, 22. Nov. Schon viele Jahre war unsere fürstliche Hofkapelle nicht mehr so vollständig, daß sie größere Musikwerke entsprechend ausführen konnte. So Durchl. der Fürst zu Fürstenberg, Höchstwälder mit Ihrer Großh. Hoheit der Fürstin Mutter und der ganzen hohen Familie seit 14 Tagen wieder in unseren Mauern weil, hat im Laufe des Sommers den hochachtungsvollen Entschluß gefaßt, das Orchester durch eine größere Anzahl neu angestellter Mitglieder wieder zu ergänzen. Obgleich dieselben seit kaum einigen Wochen ihren Dienst angetreten, ist es doch der bekannten Energie unseres berühmten Kapellvorstandes und dem durch neue Lust und Liebe gehobenen Eifer aller Kapellmitglieder möglich geworden, in dem gefrigen, zur Nachfeier des hohen Namensfestes Ihrer Durchl. der Prinzessin Elise veranstalteten Musikkonzerte die Symphonie-Duette und die herrliche C-moll-Symphonie von Beethoven mit größter Präzision und gewohntem Feuer zur Ausführung zu bringen.

Unter den übrigen Nummern des durchaus schönen Konzertes erfreuten und namentlich auch ein Schwebel'sches Lied und eine Rossinische Arie, vorgetragen von Hrn. Fuhr aus Karlsruhe. Ihre ansprechende, gebildete, für den Konzertsaal sehr kräftige und umfangreiche Stimme und ihr warmer, inniger Vortrag konnten nicht ihrer

äußern lieblichen Erscheinung des angenehmen Einbruchs und des lebhaftesten Besalls der hohen fürstlichen Familie und der überaus zahlreich versammelten Gesellschaft nicht verfehlen. Auch die übrigen Solovorträge auf Flöte und Violoncell ertranten sich der gerechten Anerkennung.

So gehen wir denn für diesen Winter mit freudiger Erwartung vielen Kunstgenüssen entgegen, und wir erkennen dankbar und in vollem Maße die ganze Bedeutung des aus früheren Zeiten so berühmten und nun wieder hergestellten fürstlichen Orchesters. Denn wo das Licht der Kunst leuchtet, da bekommen nicht nur die gefälligen Freuden eine edlere und höhere Farbe, — der ganze Bildungsgrad der Bevölkerung überhaupt wird durch die Gewöhnung an den Genuß des wahrhaft Schönen unverkennbar gehoben.

Konstanz, 24. Nov. (M. P.) Die Bohensee- und Rhein-Dampfschiffahrt wird demnächst durch ein der schweizerischen Nordostbahn-Gesellschaft in Romanshorn zugehöriges, neu erbautes Dampfboot Erweiterung finden; letzteres ist bei der entsprechenden Konstruktion hinsichtlich des Tiefgangs und der Maschineneinrichtung für die Rheintour hiesiger Stadt und Schaffhausen bestimmt. — Von der Schweiz und Deutschland treffen für das Wessenberg-Denkmal in hiesiger Stadt fortbauend reichliche Liebesgaben ein. — Der vertriebene Huf-Stein zur Erinnerung an den Reformator feiert in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Einheimischen und Fremden. — Die Bahnhöfe arbeiten schreiten vor.

Bermischte Nachrichten.

Milan's ganzer schriftlicher Nachlaß; ein sehr reicher, wie man sich denken kann, und der noch manche poetische Schätze enthalten soll — ist in die Hände seines bewährten Herzenstheaters, des greifen Dichters Karl Mayer, übergegangen.

Offenbach, 24. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Die hiesige Schiffsbrücke ist heute Vormittag um 10 Uhr in Folge Treibeises abgefahren worden.

Frankfurt, 25. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Das „Journal de Francfort“ macht seinen Lesern die Mittheilung, daß vom 1. Dezbr. d. J. ab Hr. Canedo, der vormalige Hauptredakteur des „Cour. du Dimanche“, die obere Leitung dieses Blattes übernehmen und daß letzteres von dem genannten Tage an unter dem neuen Titel „l'Europe“ erscheinen werde. Sein Programm werde Hr. Canedo zu gegebener Zeit selbst bekannt machen.

Kassel, 24. Nov. In Marburg hat, wie aus einem Interat der „Kassel. Ztg.“ zu sehen ist, die philosophische Fakultät der Universität, weil ihr mehrfach auswärtige Bewerber um die philosophische Doktorwürde Plagiate eingereicht haben, beschloffen, die Namen Derjenigen zu veröffentlichen, welche sich solcher Täuschungen schuldig gemacht haben.

Berlin, 24. Nov. Vorgestern Abend verunglückte der Röhren-Verliner Schenckzug unweit Potsdam bei der Einfahrt von der eingeseigten Brücke über die Havel bei Werder in die anschließende zweigleisige Strecke, vermuthlich in Folge einer Umstellung der Weiche, während der Zug dieselbe noch nicht ganz passirt hatte. Die Lokomotive nebst Tender und Packwagen gerieth auf das eine, die nachfolgenden Personenwagen auf das andere Geleise. Drei derselben entgleisten und stürzten von dem sechs Fuß hohen Bahndamme. Dabei erlitt ein Reisender einen Beinbruch, ein anderer eine Kontusion am Kopfe. Weitere Beschädigungen von erheblicher Art sind glücklicher Weise nicht zu beklagen.

In der Berliner „Reform“ wird eine Uebersicht der deutschen Flüchtlinge in Amerika nach ihrer gegenwärtigen Parteistellung mitgetheilt. Es ergibt sich daraus, daß außer G. Kellner aus Karlsruhe, Jos. Fidler aus Baden, und Richard aus Speyer, alle namhafteren Männer den Republikanern angehören. Fidler dagegen kämpft in New-York, Kellner und Reichard in Philadelphia für den Fortbestand der Sklaverei und das Vorrecht der Südstaaten. — So kurz und prompt läßt sich die Sache denn doch nicht abmachen, wie die Berliner „Reform“ meint. Die genannten drei deutschen Flüchtlinge gehören zur demokratischen Partei. Diese Partei ist grundsätzlich so wenig eine Freundin der Sklaverei als die republikanische, und würde sie wie diese lieber heute als morgen von dem amerikanischen Boden wegsetzen, wenn sie — könnte, wenn sie die Möglichkeit begriffe, die „Schwarze Arbeit“ durch die weiße und freie sofort zu ersetzen, und wenn sie nicht vor der Anwendung von Gewalt, vor dem Bürgerkrieg und selbst vor den unmittelbaren Folgen einer Sklavemanzipation zurückzuden würde, von der sie — im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse — die Ansicht hegt, daß sie nochfalls zunächst und leicht für immer die Sklaven in eine noch viel schlimmere Lage bringen würde, als ihre jetzige ist. Die demokratische Partei möchte die Emanzipationsfrage nicht über's Knie abbrechen, sondern sie ihren geschichtlichen Prozeß durchmachen lassen, von dem sie glaubt, daß er ungefährlicher und im Erfolg für die Sklaven wie für ganz Nordamerika heilsamer sei, als wenn Alles nach den Wünschen der Abolitionisten ginge. Dies macht denn auch ihre Stellung zu den Südstaaten zu einer minder feindseligen, als die der Republikaner und Abolitionisten. Aus dem Vorstehenden ist zugleich ersichtlich, daß die englischen Blätter die demokratische Partei in Amerika nicht ohne Grund neuerdings als die verhältnismäßig „konservative“ zu nennen beginnen. — Wir haben keinen Grund, uns für die oben genannten drei Flüchtlinge zu erschauern, aber zur Klärung der Ansichten über die Tendenzen der demokratischen Partei, die in den neuen Wahlen täglich mehr Boden gewinnt und der herrschenden Partei gefährlicher wird, schienen uns diese Bemerkungen nicht überflüssig.

Ein Ehrengeschenk für Hrn. v. Bismarck. Der Ravensberger Pumpenmeister-Patriot ist überboten. Ein reaktionärer Metzger in Barmen hat mit einem devoten Schreiben dem Hrn. v. Bismarck eine zwei Ellen lange, eigenhändig zubereitete Wurst zugeschickt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 27. Nov. 4. Quartal. 131. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Günstige Vorzeichen**; Lustspiel in 1 Akt, von Roderich Benedix. Hierauf: **Richard's Wanderleben**; Lustspiel in 4 Akten, von Kettel. „Holtbaum“ und „Richard“ — Hr. Otto Devrient als Gast.

